

Keine Ortszeitung, aber Informationen, die Sie haben sollten!

22. Oktober 2020

Gedankenaustausch mit dem Bürgermeister

Nicht zum ersten Mal hatte unsere Fraktion einen Bürgermeister zu Gast. Wegen Corona später als angedacht, haben wir uns im September mit Herrn Rutter zusammengesetzt, um gemeinsam vor allem über einige Themen nachzudenken, für die meist noch keine fertigen Lösungen in der Schublade liegen.

Der Chef der Verwaltung war zu vielen Fragen gut vorbereitet. Das ermöglichte ein sehr sachorientiertes Gespräch. Da ging es z. B. um den barrierefreien Zugang zum Bootsverleih und dem Schiffsanleger sowie die Parkmöglichkeiten in der Saison am Bötzeesee. Wir haben uns auch mit dem „Bebauungsplan Stiller Grund“ und der Perspektive des „Haus Bötzeesee“ befasst.

Immer größere Bedeutung erlangt der wohl überlegte Umgang mit den verbliebenen kommunalen Flächen. Die weitere Entwicklung des Wohnungsbestandes in öffentlicher Hand, von Kitas und Schulen stößt da heute schon an enge bzw. sehr teure Grenzen. Gleichzeitig gilt es, den weiter wachsenden Verkehr zweckmäßig und sicher zu organisieren. Auch Kreisel brauchen eben Platz.

Wir stimmen mit dem Bürgermeister darin überein, dass Ideen vor allem zu akzeptablen Lösungen entwickelt werden, wenn sie mit Sachverstand vorbereitet und rechtzeitig öffentlich beraten werden. So gesehen auf gutem Wege erscheint derzeit die Überarbeitung des Ausbauprogramms für die Anliegerstraßen, die Fußwege und die Straßenbeleuchtung 2021 bis 2028. Dazu gab es im August Bürgerversammlungen sowie im September die Beratung im Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Nun wird sich die Gemeindevertretung damit befassen.

An diesem Abend hat sich unsere Erfahrung erneut bestätigt: Kultivierter Streit und konstruktive Sacharbeit gehören zusammen.

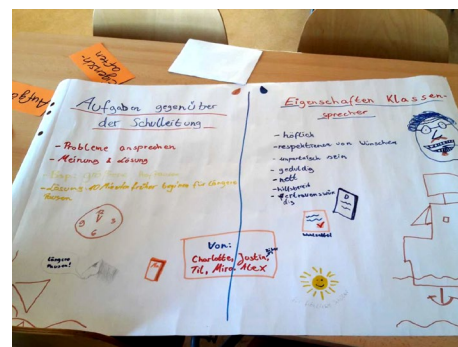
Mit freundlichen Grüßen
Thomas Kraatz, Fraktionsvorsitzender

Sozialarbeit an der Schule ist kein Luxus

Gibt es Probleme? Dann soll sich doch mal die Jugendhilfe darum kümmern. Dieser Reflex passt schon lange nicht mehr in unser modernes Leben. Doch es gibt Probleme genug: Oft sind beide Eltern berufstätig und haben lange Wege zur Arbeit – Zeit, die für die Familie fehlt. Die Großeltern wohnen meist nicht mit im gerade neu gebauten Eigenheim, das abgezahlt werden muss. Viele Ehen und Lebensgemeinschaften halten auf Dauer nicht. Das widerspiegeln oft die Kinder. Fehlende Zuwendung, familiäre Not-situationen, überforderte Eltern, Trennungsstress, Mobbing und andere Ursachen führen bei jungen Menschen öfter zu Auffälligkeiten, als angenommen wird. Außerdem gibt es heute in unserem Ort fast 900 Schülerinnen und Schüler. Das sind doppelt so viele wie vor 15 Jahren.

Lern- und Verhaltensstörungen, physische und psychische Auffälligkeiten sind nicht selten. Rund ein Drittel ihrer Lebenszeit verbringen Kinder und Jugendliche von Montag bis Freitag in

der Schule. Schon allein daraus ergibt sich die große Bedeutung schulischer Sozialarbeit, denn die genannten Probleme müssen möglichst frühzeitig erkannt und aufgegriffen werden. Hier gilt es, altersspezifisch und individuell zu fördern und zu helfen. Sozialarbeit vor Ort, ohne Bitten und Anträge geleistet von engagierten Bezugspersonen hat schon viel bewirkt.



Waren es 2013 noch 16 betreute Einzelfälle wurde 2019 in 45 Fällen geholfen. Aber mit derzeit nur 10 Wochenstunden pro Grundschule kann nicht annähernd das geleistet werden, was gebraucht wird.

Strukturell betrachtet ist die Schulsozialarbeit die Verankerung von Angeboten der Jugendhilfe am Lebensort Schule. So beschrieb es unsere engagierte Sozialarbeiterin Frau Förtsch-Fabian in ihrem Bericht am 12. Februar 2020 im Ausschuss für Bildung und soziale Infrastruktur.

Auch der gemeinsame Unterricht von Kindern mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen und Lernvoraussetzungen (Inklusion) verlangt nach verstärkter Unterstützung durch Sozialarbeit an den Schulen.

In der Gemeindevertretung und in der Verwaltung haben sich die Mitglieder bzw. Mitarbeiter und der Bürgermeister mit der Situation vertraut gemacht und sehen immer deutlicher die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der Sozialarbeit an unseren Schulen.

Nun muss gehandelt werden. Unser Vorschlag lautet, für die Grundschulen in den Ortsteilen Eggersdorf und Petershagen je 30 Wochenstunden für Sozialarbeit zu finanzieren. Der Bildungsausschuss gab dazu nach längerer Vorbereitung und anfänglicher Zurück-

(Fortsetzung...)

Laut Leistungsvereinbarung mit dem Jugendamt zählen dazu folgende aktuelle und potentielle Aufgabengebiete:

- *Beratungsangebote für Kinder, Eltern, Lehrer und Vermittlung von passenden Unterstützungs- und Hilfsangeboten (Therapie, Beratungsstellen, staatliches Hilfesystem)*
- *Soziale Gruppenarbeit (soziales Gruppentraining, Yoga für Kinder, Konzentrationstraining, Bildungsangebote zur Ernährung, Kreativangebote, Begleitung der Streitschlichter-AG)*
- *Vernetzung kommunal und extern (Sozialarbeiterteams auch in benachbarten Orten, Bündnis für Familie, Frühe Hilfen, Netzwerk gesunde Kinder, humanistischer Verband)*
- *Kinderschutz*
- *Förderung und Begleitung von Demokratie- und Partizipationsprozessen*

(... Fortsetzung)

haltung in seiner Sitzung am 7. Oktober für die Entscheidung der Gemeindevertretung eine einstimmige Empfehlung.

Dr. Doris Bauer,
Vorsitzende des Bildungsausschusses

Warum HIER NICHT?

Vor Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Seniorenheimen gilt in Brandenburg fast flächendeckend aus gutem Grund Tempo 30. Doch vor der Kita „Giebelspatzen“ ist das nicht so, denn der Eingang zu diesem Eckgrundstück befindet sich wenige Meter weiter in der Lucasstraße. Da wiehert der Amtschimmel!

Die Lessingstraße wird dort von vielen Familien zu Fuß und mit dem Rad gequert, um direkt zur Kita, zum Spielplatz in der Elbestraße oder zur katholischen Grundschule St. Hedwig und wieder nach Hause zu gelangen. Diese Straße verbindet den nördlichen Teil Petershagens mit dem S-Bahnhof und Einkaufsmöglichkeiten wie Netto, Edeka und KiK und ist deshalb viel befahren.

Die Gruppenräume gerade der Kinder im Alter von 1 bis 4 Jahren befinden sich im östlichen Gebäudeteil der Kita in einem Abstand von nur ca. 15 Metern von der Straße. Durch diese Nähe besteht in den Räumen eine permanente Geräuschkulisse durch die vorbeifahrenden Autos, welche insbesondere für den Mittagsschlaf der Kinder nicht besonders förderlich ist, vor allem, wenn die Kinder im Sommer bei offenen Fenstern schlafen sollen.

Sascha Trutt-Rössler, Gemeindevertreter

„Die Würde des Menschen ...“

Jeder kennt diesen ersten Satz unserer Verfassung (Art. 1,1) vollständig. Das ist einer der Grundwerte für das Leben aller Menschen in Deutschland und der Europäischen Union. So zitieren es oft und gern Minister und Parteivorsitzende. Jeder Einzelne möchte sich immer wieder neu darauf verlassen können, dass es so ist und so bleibt.

Schon der zweite Satz wird dagegen nur sehr selten zitiert, denn er verpflichtet zum Handeln: „Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ (Art. 1, S. 2) – Und das ist alles selbstverständlich? Leider nein: Die Bundesregierung stellt

Flüchtlinge und Einwanderer unter den Generalverdacht, unberechtigt in unser Land bzw. überhaupt nach Europa zu kommen. Angebliche Demokratien wie z. B. Polen und Ungarn treiben diese Haltung auf die Spitze, indem sie sich gegenüber Menschen in Not komplett abschotten und ihre Kritiker im eigenen Land drangsaliieren. Da bleibt die Freiheit sogar der eigenen Bürger schon auf der Strecke.

Natürlich ist in Art. 16a sehr klar geregelt, wer einen Anspruch darauf hat, zeitweilig oder dauerhaft in unser Land zu kommen. Daran gemessen muss entschieden und vollzogen werden.

Doch hier liegt auch in Deutschland einiges im Argen. Wenn solche Verfahren zum Teil Jahre dauern, erfüllt der Staat seine Aufgabe mangelhaft. Das ist oft unwürdig für die Betroffenen und unnötig teuer für die Gesellschaft.

Da vegetieren tausende Menschen Monate und länger in Griechenland unter freiem Himmel, deren „Unterkünfte“ abgebrannt oder dieser Tage vom Hochwasser weggespült sind – Europa ist unfähig, gemeinsam zu handeln und Deutschland schaut zu. Unsere Regierung diskutiert ohne Ende, ob und wie geholfen werden kann. Gleichzeitig hat eine lange Reihe deutscher Städte konkret angeboten, Menschlichkeit zu zeigen und entsprechend ihren Möglichkeiten Flüchtlinge aufzunehmen. Es wird ihnen nicht gestattet!

Natürlich muss auch dann sauber geklärt werden, wer auf Dauer bleiben darf. Aber was taugen unsere Grundwerte, wenn sie nur auf dem Papier stehen und wir uns abschotten? Nur wenige Kinder und Jugendliche aufzunehmen ist ein peinliches Feigenblatt. Verantwortungsvolles Handeln der Bundesregierung sieht anders aus.

Wir Linken verlangen seit Jahren, die Ursachen von Flucht und Vertreibung in der Welt entschlossener zu bekämpfen. Das findet nicht wirklich statt. So lange aber die „modernen Industriestaaten“ weiter die anderen ausbeuten und Waffen in die ganze Welt verkaufen, werden noch mehr Flüchtlinge versuchen, hier unter uns zu leben.

Wilfried Hertel,
Vorsitzender der Basisorganisation

**Helfen Sie mit einer Spende Menschen in Not: Sparkasse KölnBonn UNO-Flüchtlingshilfe
Konto DE78 3705 0198 0020 0088 50**

weitere Informationen unter:
www.uno-fluechtlingshilfe.de

Altlandsberger Chaussee – und wieder kein Ende!

Nun ist es „amtlich“, die Zeitungen berichteten und auch in der Gemeindevertretersitzung im August war es Thema: Obwohl der Winter in den letzten zwei Jahren ausblieb, war oft wochenlang wenig Aktivität des Konzerns Berger-Bau vor Ort zu sehen. Betrug der Zeitverzug Ende 2019 noch 2 Monate, so wuchs dieser bis August dieses Jahres bereits auf 7 Monate, angeblich wegen zu korrigierender Planungen. Nun soll die Straße erst Mitte 2021 fertig werden.

Da es sich um eine Landesstraße handelt, war der direkte Einfluss der Gemeinde auf wichtige vertragliche Regelungen sehr begrenzt. Dann sollte man sich aber darauf verlassen können, dass zuverlässig geplant wird, der Landesbetrieb Straßenwesen notwendig gewordene Verlegungsarbeiten bei der Telekom zeitnah durchsetzt und für einen angemessenen Baufortschritt sorgt. Davon habe ich nichts bemerkt. Auch Zielprämien, wie woanders durchaus möglich, waren nicht gewollt oder erschienen nicht finanzierbar? Am Ende zahlt aber der Steuerzahler brav die inzwischen aufgelaufenen Mehrkosten von etwa einer Million Euro. Das ist zusätzlich rund ein Viertel der geplanten Bausumme!

Die Verluste der anliegenden Gewerbetreibenden müssen diese selbst verkraften. Vom Ärger der Anwohner, auch der an den Umleitungen, ganz zu schweigen.

In unserer Gemeinde stehen weitere Baumaßnahmen an Landesstraßen an. Unentschuldbare Zeitverluste und Kostenentwicklungen, wie wir sie gerade erleben, müssen in Zukunft ausgeschlossen werden. Steuern und Abgaben sind von den Bürgern schließlich auch auf den Tag genau zu bezahlen.

Wilfried Hertel, Gemeindevertreter

übrigens...

Die erste Ausgabe von „ars communalis“ erschien vor 20 Jahren.

ac erscheint ohne feste Reihenfolge.
Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen. Der Herausgeber behält sich Veröffentlichungen, ggf. in sinnwahren Auszügen vor.



<https://www.facebook.com/dielinke.petershagen.eggersdorf>

Hinweise und Informationen richten Sie bitte an:

Thomas Kraatz	Wolfgang Zielke
Elbestr. 5	Bötzseestr. 120 b
15370 Petershagen	15345 Eggersdorf